

2. Zwischen Westintegration und Kaltem Krieg 1949-1966

Obwohl die beiden großen Parteien (CDU 31 Prozent, SPD 29 Prozent) etwa gleich stark in den Bundestag eingezogen waren, gab es für die FDP im Grunde genommen nach der Bundestagswahl 1949 nur eine Koalitionsmöglichkeit. Die tief greifenden Meinungsunterschiede in der Wirtschaftspolitik schlossen ein Zusammengehen mit der SPD, das in manchen Ländern zustande gekommen war, aus. Nachdem sich auch in der CDU/CSU die Befürworter einer kleinen Koalition der bürgerlichen Parteien gegen die Anhänger einer großen Koalition durchgesetzt hatten, war der Weg frei für eine Regierung von CDU/CSU, FDP und der rechtsgerichteten Deutschen Partei. Mit knapper Mehrheit wurde Konrad Adenauer, Vorsitzender der rheinischen CDU und ehemaliger Kölner Oberbürgermeister, zum ersten Bundeskanzler gewählt. Auf ihn hatte man sich vor allem deshalb geeinigt, weil er damals schon 73 Jahre alt - lediglich eine Übergangslösung schien. Ironischerweise wurde der "Alte", wie man ihn bald zu nennen pflegte, in der Regierungszeit (gut 14 Jahre) bislang nur ein einziges Mal, von Helmut Kohl (16 Jahre), übertroffen.

Die FDP erlangte in der ersten Nachkriegsregierung keine Ämter, die für die Öffentlichkeit zentrale Bedeutung hatten: Thomas Dehler wurde Justizminister, Eberhard Wildermuth Wohnungsbauminister und Franz Blücher war als Minister zuständig für Fragen des Marshallplanes, also der amerikanischen Hilfe für den Wiederaufbau. Zugleich bekleidete er als neuer Parteivorsitzender der FDP das Amt des Vizekanzlers, dessen Bedeutung aber völlig überschätzt wurde, da Adenauer keinerlei Gelegenheit zu einer Stellvertretung zuließ. Ein beträchtliches Handicap für die FDP in der ersten Nachkriegsregierung war, dass ihre ausstrahlungskräftigste Persönlichkeit, Theodor Heuss, am 9. September 1949 zum ersten Bundespräsidenten gewählt wurde und damit aus der Tagespolitik ausschied. Dies war zwar für die Bundesrepublik ein Glücksfall, aber weniger für die FDP: Als populäres Staatsoberhaupt hatte Heuss zwar entscheidenden Anteil daran, dass der neue Staat immer mehr von der Bevölkerung akzeptiert wurde, aber er wurde zu einer Symbolfigur des liberalen Staates und nicht mehr der liberalen Partei.

Das Schicksal der jungen Regierungskoalition hing weitgehend davon ab, ob es ihr gelingen würde, die infolge des Krieges ungeheuren wirtschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen. Hierbei kam der Regierung Adenauer ein durch den Krieg in Korea ausgelöster, weltweiter Wirtschaftsaufschwung, von dem vor allem die deutsche Schwerindustrie profitierte, zugute. Die Industrieproduktion, die Ende 1949 wieder den Stand von 1936 erreicht hatte, wuchs bis Mitte 1953 um 60 Prozent, dadurch konnte die Zahl der Arbeitsplätze erheblich gesteigert und die Arbeitslosenrate von über 10 Prozent (1949/50) auf 5,5 Prozent (Sommer 1953) halbiert werden. In der gleichen Zeit stiegen nun auch die Löhne schneller als die Preise, so dass am Wirtschaftsaufschwung auch immer größere Teile der Bevölkerung partizipierten. Diese Entwicklung bot der Regierung eine hervorragende Ausgangsposition für die Bundestagswahlen von 1953, aber nur die CDU/CSU konnte daraus mit einem Zugewinn von 14 Prozent (!) Kapital schlagen. Neben Adenauers Selbstdarstellungskünsten als Regierungschef und dem Ansehen Ludwig Erhards als Vater des Wirtschaftswunders verblasste der liberale Anteil an diesem Erfolg, die FDP verlor über 2 Prozent. Die Zusammenarbeit der Liberalen mit Adenauer schien einen ähnlichen Verlauf zu nehmen wie im vorigen Jahrhundert die Kooperation der Nationalliberalen mit Bismarck.

Dieser Stimmenrückgang war zum Teil aber auch selbst verschuldet. Denn die FDP wurde zu Beginn der fünfziger Jahre von schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen erschüttert: Die tief greifenden Unterschiede über den Weg der Partei, die in Heppenheim nur notdürftig überbrückt worden waren, traten offen zu Tage. Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen war der Parteitag in Bad Ems im November 1952. Dort lagen zwei verschiedene Entwürfe für ein Grundsatzprogramm der Partei vor: Das eine stammte aus Nordrhein-Westfalen und verstand sich als "Aufruf zur nationalen Sammlung". Dieses "Deutsche Programm" bekannte sich zwar durchaus sinngemäß zu den zentralen Prinzipien des Liberalismus - der Begriff selbst wurde hier nicht verwendet -, stellte aber eindeutig die Wiederaufrichtung des "Deutschen Reiches" als der "überlieferten Lebensform unseres Volkes" in den Mittelpunkt. Anstößig war vor allem, dass das "Deutsche Programm" völlig über die Grauen der

nationalsozialistischen Diktatur schwieg, aber lautstark die "Wiedergutmachung des an den Deutschen begangenen Unrechts" forderte. Diesem stark rechtslastigen Entwurf stellte der Landesverband Hamburg ein eigenes "Liberales Manifest" entgegen, das nun seinerseits die "Sammlung aller liberalen Kräfte" zum "Gebot der Stunde" erklärte und sich zum "demokratischen Staat" und gegen "jeden Radikalismus von links und rechts" bekannte. Der Kampf zwischen "schwarz-weiß-rot" und "schwarz-rot-gold" wurde in Bad Ems nicht entschieden, die Partei blieb weiter ohne Grundsatzprogramm. Anfang 1953 wurden dann jedoch in Nordrhein-Westfalen von der britischen Besatzungsmacht Versuche ehemaliger Nationalsozialisten zur Unterwanderung des dortigen FDP-Landesverbandes aufgedeckt, was den rechten Parteiflügel insgesamt schwächte. Ergebnis dieser innerparteilichen Kräfteverschiebung war die Wahl Thomas Dehlers zum Parteivorsitzenden im März 1954 als Nachfolger des blassen Franz Blücher.

Dieser Wechsel sollte gleichzeitig auch demonstrieren, dass die FDP nun Wert auf mehr Abstand zur CDU legte. Denn Dehler gehörte inzwischen dem Kabinett nicht mehr an und war auf Distanz zu Kanzler Adenauer gegangen. Nach der Bundestagswahl von 1953 war die FDP erneut eine Koalition mit der CDU eingegangen, obwohl im neuen Bundestag diese allein schon mit der von ihr abhängigen DP über die Mehrheit der Sitze verfügte. Aber Adenauer wollte für seine Außenpolitik und in der Frage der Wiederbewaffnung eine breite Mehrheit haben und war der FDP insofern entgegengekommen, als er ihr noch ein viertes Ministerium (für Mittelstandsfragen) eingeräumt hatte.

Dennoch wuchs die Spannung im Verhältnis zwischen den Koalitionspartnern. Die Bedenken auf FDP-Seite gegen Adenauers Kurs rührten vor allem von der Deutschlandfrage her. Zwar unterstützte man Adenauers Bemühungen um die Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis, aber zugleich wuchsen die Zweifel, ob daraus auch automatisch, so wie der Bundeskanzler es immer wieder versprach, die Wiedervereinigung Deutschlands hervorgehen würde. Kritisiert wurde vor allem Adenauers einseitige Orientierung nach Westen hin, die der Situation Deutschlands nicht gerecht werden würde, wie Thomas Dehler ausführte: "Unser Land liegt in der Mitte der Völker Europas. Es lässt sich auch daher nicht

Verkehrsvorschriften aufnötigen, die aus seiner Außenpolitik eine Einbahnstraße machen." Ein weiterer Stein des Anstoßes war Adenauers große Nachgiebigkeit gegenüber Frankreich in der Saarfrage. Das ausgehandelte Saarstatut wurde von der FDP im Bundestag abgelehnt. Diese Haltung entsprach der allgemeinen Stimmung in der Bevölkerung, denn auch die Saarländer verwarfen mit großer Mehrheit einen übernationalen Status des Saarlandes und votierten in einer Volksabstimmung für den Anschluss an die Bundesrepublik. Auch innenpolitisch tauchten nun zunehmend Differenzen auf. Adenauers Politik lief darauf hinaus, die CDU/CSU zur einzigen bürgerlichen Partei zu machen. Die FDP musste befürchten, allmählich wie die anderen kleinen Parteien im Mitte-Rechts-Spektrum von dem großen Koalitionspartner aufgesogen zu werden. Ganz deutlich wurde diese Absicht der Christdemokraten mit der Vorlage eines neuen Wahlgesetzes, demzufolge die Mehrzahl der Bundestagsmandate durch die Direktwahl in den Wahlkreisen vergeben werden sollte. Dieses so genannte "Grabenwahlrecht" hätte praktisch das Aus für alle kleinen Parteien bedeutet. Die FDP reagierte postwendend: Um dieses neue Wahlrecht im Bundesrat zu Fall zu bringen, wurde die CDU-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen gestürzt und durch eine SPD/FDP-Koalition ersetzt. Drahtzieher dieses Coups vom Februar 1956 waren die so genannten "Jungtürken", ein Kreis jüngerer Landtagsabgeordneter der FDP um Willi Weyer und Walter Scheel.

In der Bundestagsfraktion war das Echo darauf geteilt. Die Mehrheit der Abgeordneten begrüßte ebenso wie der Partei- und Fraktionsvorsitzende Dehler diese Kampfansage an Adenauer. Die vier FDP-Vertreter im Kabinett jedoch, darunter auch der ehemalige Parteivorsitzende Blücher, entschieden sich dagegen für die Regierung und verließen mit zwölf weiteren Abgeordneten die Bundestagsfraktion. Sie gründeten kurz darauf eine neue Partei, die "Freie Volkspartei", der jedoch trotz massiver Unterstützung durch Adenauer kein Erfolg beschieden war und die deshalb bald mit der rechtsgerichteten Deutschen Partei fusionierte. Die FDP dagegen stand zunächst in Opposition zur Regierung.

Entgegen der allgemeinen Erwartung wirkte sich die Abspaltung des konservativen Ministerflügels für die Partei selbst eher positiv als negativ aus. Jetzt bot sich für die FDP die Chance, ihre Rolle im Parteiensystem unabhängig von dem Eingebundensein

in die Regierungspolitik neu zu bestimmen und endlich auch zu innerer Geschlossenheit zu finden.

Zunächst versucht man deutschlandpolitisch neue Wege zu gehen und zwar mittels „alter Kontakte“. Einige nordrhein-westfälische FDP-Politiker sondierten im Einverständnis mit dem Parteivorsitzenden Dehler Möglichkeiten, mit der ostdeutschen LDPD ins Gespräch zu kommen. Im Juli und Oktober 1956 kam es in Garmisch und Weimar zu Gesprächen zwischen hochrangigen Frei- und Liberaldemokraten, die nach bekannt werden erhebliches Aufsehen erregten. Dieser Versuch, den alten gesamtdeutschen Faden der Liberalen wieder aufzunehmen scheiterte aber schnell an zweierlei: Zum einen war die LDPD-Führung um den Parteivorsitzenden Hans Loch und Generalsekretär Manfred Gerlach längst nicht mehr allein entscheidungsfähig. Bereits 1952 hatte sie offiziell dem von der SED propagierten „Aufbau des Sozialismus“ zustimmen müssen, kurz darauf war ihr Co-Vorsitzender Karl Hamann verhaftet worden. Überhaupt unterlag die Partei einer Säuberungswelle bzw. Ausdünnung der Flucht in den Westen, wo viele politische Talente aus der LDPD die FDP bereicherten, z. B. Wolfgang Mischnick, Hans-Dietrich Genscher oder Karl-Hermann Flach. Zwar stießen die Kontakte zur FDP bei der LDPD-Basis auf große Zustimmung, das man sich über die Deutschlandpolitik Verbesserung für die eigene Situation erhoffte, aber sie konnten nur unter strenger Kontrolle der SED stattfinden und wurden von dieser gesteuert. Obendrein beendeten der Ungarn-Aufstand und dessen blutige Niederschlagung durch sowjetische Truppen kurz darauf das kurze „Tauwetter“ der Entstalinisierung im sowjetischen Machtbereich und verhärtete erneut die Fronten im Ost-West-Konflikt.

Nach der Aufgabe der deutschlandpolitischen Sonderwege konnte die FDP auf dem Berliner Parteitag Anfang 1957, wo ein Grundsatzprogramm verabschiedet wurde, Eintracht demonstrieren. Dem maßgeblich von Karl-Hermann Flach erarbeiteten "Berliner Programm" lag erstmals das Konzept einer "Dritten Kraft" neben SPD und CDU/CSU zugrunde: "Die Freie Demokratische Partei strebt auf allen Lebensgebieten die Sicherung der Freiheit des Menschen zu verantwortlichem Handeln an. Aus sozialer Verantwortung lehnt sie den Marxismus und sozialistische Experimente ab, ebenso aus

christlicher Verantwortung den Missbrauch der Religion im politischen Tageskampf." Als Grundelemente liberaler Politik nannte das Programm den "liberalen Rechtsstaat", die "freie Marktwirtschaft" und die "friedliche Wiedervereinigung". Erst mit diesem Berliner Parteitag wurde die FDP zu einer Partei, die mehr war als lediglich ein loser Zusammenschluss von Landesparteien.

Die neue Geschlossenheit forderte aber auch Opfer. Thomas Dehler, der entscheidenden Anteil an der Rückbesinnung auf die liberalen Werte und am neuen, eigenständigen Profil der FDP hatte, aber mitunter seinen Konfrontationskurs gegen den Regierungschef einerseits und die Gewerkschaften andererseits übertrieb, musste den Parteivorsitz an Reinhold Maier abtreten. Von Maier, dem bisher einzigen liberalen Ministerpräsidenten eines westlichen Bundeslandes – in der SBZ hatte der Liberaldemokrat Erhard Hübener an der Spitze Sachsen-Anhalts gestanden -, wurde allgemein eine größere innerparteiliche Integrationsfähigkeit und mehr Anziehungskraft auf potentielle Wähler erwartet. Während er in Bezug auf ersteres die Erwartungen erfüllte, konnte er der zweiten Anforderung nur teilweise gerecht werden. Bei der Bundestagswahl von 1957 ging der Siegeszug der CDU/CSU, die nun völlig auf den Kanzlerbonus setzte, weiter. Mit 50,2 Prozent erreichte sie erstmals allein die absolute Mehrheit. Auch die SPD konnte leichte Gewinne verbuchen, Wahlverlierer waren die kleineren Parteien, von denen die FDP nur noch 7,7 Prozent erreichte. Dabei hatte sie als einzige Fraktion gegen die von Adenauer und großen Teilen der CDU favorisierten und von der SPD mitgetragene „dynamischen Rente“ widersetzt. Die Probleme, die diese damals vielfach bejubelte Maßnahme aufwarf, wurden allerdings erst Jahrzehnte später allseits erkennbar. Nunmehr waren die Liberalen, da die DP nur noch als Anhängsel der CDU den Wiedereinzug ins Parlament geschafft hatte, als einzige von ehemals acht kleineren im Bundestag vertretenen Parteien übrig geblieben. Das Wahlergebnis entthob die Parteiführung auch der Frage, ob man mit Adenauer eine Koalition eingehen sollte. Die gesamte Legislaturperiode saß die FDP in Opposition. Am Ende dieser Phase stand aber nicht, wie viele befürchtet hatten, das politische Aus, sondern ein geradezu glänzendes Comeback. Die FDP gewann bei den nächsten Bundestagswahlen 1961 über 5 Prozent hinzu und konnte nun mit 12,8 Prozent der Stimmen 68 Abgeordnete in den Bundestag entsenden. Wie war es zu diesem Erfolg

der deutschen Liberalen - ihrem bisher größten nach dem 2. Weltkrieg - gekommen, der ja zudem noch aus der Opposition heraus erzielt wurde?

Zunächst einmal hatte die Bundespartei erhebliche organisatorische Fortschritte gemacht. Unter der Führung von Karl-Hermann Flach war die Bundesgeschäftsstelle zu einem leistungsfähigen Apparat umgewandelt worden, was sich vor allem im Wahlkampf 1961 auszahlte. Sodann hatte man versucht, in der Deutschlandpolitik neue Wege einzuschlagen. Kontakte zur ostzonalen LDP, die inzwischen immer mehr in das Fahrwasser der SED geraten war und deren Politik kritiklos mittrug, scheiterten nach 1956 an der politischen Großwetterlage, die von der Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes durch sowjetische Truppen bestimmt wurde. Trotzdem machte die FDP weiter Vorschläge, wie die verhärteten Fronten zwischen Ost und West und die Sackgasse in der Deutschen Frage zu überwinden seien. Anfang 1959 legte die Bundestagsfraktion einen "Deutschlandplan" vor, der unter dem Motto „Wiedervereinigung durch Friedensvertrag" eine Wende in die verfahrenere „Wiedervereinigungsdebatte" bringen sollte: Das Ziel der deutschen Einheit, an dem die Partei festhielt, sollte nun nicht mehr im Zuge eines einfachen Anschlusses der mittel- und ostdeutschen Gebiete an die Bundesrepublik, so wie es Adenauers Konzept „einer Politik der Stärke" vorsah, erreicht werden, sondern im Rahmen eines „europäischen Sicherheitssystems". Der Sowjetführung sollte dabei weit entgegen gekommen werden, indem das wiedervereinigte Deutschland keinem Militärblock angehören und Mitteleuropa frei von Atomwaffen sein sollte. Doch diese Initiative kam zu spät, anders als zu Beginn der fünfziger Jahre hatten die Russen nun offenkundig kein Interesse mehr an einer Einheit Deutschlands. Der Deutschlandplan zeigte aber eine deutliche Alternative zur starrsinnigen Deutschlandpolitik der Regierung Adenauer, die immer mehr in einer Sackgasse gelandet war. Vor allem aber lösten die innen- und außenpolitischen Reaktionen auf den „Deutschlandplan" bei vielen Liberalen einen Denkprozess aus, der schließlich zu völlig neuen Konzeptionen in der Ostpolitik führte.

Adenauer, der große Wahlsieger von 1957, hatte aber auch auf anderen Gebieten politische Schwächen erkennen lassen. Sein Taktieren bei der Nachfolge des populären Bundespräsidenten Heuss 1959 und sein verbissener, zum Teil unfairer Kampf gegen

den populärsten Politiker seiner Regierung, Ludwig Erhard, kosteten ihn zahlreiche Sympathien. Dennoch stellte die CDU den nunmehr 85jährigen 1961 wieder als Kanzlerkandidaten auf, während sowohl die SPD mit Willy Brandt als auch die FDP mit Erich Mende weit jüngere Spitzenkandidaten ins Rennen schickten. Mende, seit Anfang 1960 Parteivorsitzender, führte einen gut geplanten Wahlkampf, indem er einerseits - mit einem berühmt gewordenen Wahlplakat - die FDP in die Tradition des Liberalismus Heuss'scher Prägung stellte und andererseits für eine Koalition "mit der CDU, aber ohne Adenauer" sich aussprach. Der Lohn war ein sensationeller Zugewinn von über fünf Prozent, während die CDU/CSU etwa im gleichen Umfang Wähler verlor.

Doch unmittelbar nach der Wahl wurde dieser Erfolg in den Augen vieler wieder zu einem guten Teil verspielt. Denn werbewirksam die Parole nach dem Amtsverzicht Adenauers aufzustellen und sie dann auch in die Tat umzusetzen, waren zwei verschiedene Dinge. Adenauer war zum Weitermachen entschlossen und setzte sein gesamtes taktisches Können dazu ein. Entscheidend war dann, dass sich in der CDU/CSU, bei der zahlreiche führende Persönlichkeiten mehr oder minder offen die Forderung der FDP begrüßt und insgeheim ihre Unterstützung zugesagt hatten, keiner fand, der den Mut zum "Königsmord" hatte. Da kein anderer CDU/CSU-Politiker für das Kanzleramt antreten wollte, wurde Adenauer auch mit den Stimmen der FDP erneut zum Regierungschef gewählt, musste aber zugleich seinen Rücktritt zur Mitte der Amtsperiode versprechen. Seinem Kabinett gehörten jetzt vier liberale Minister an, darunter Walter Scheel als Minister für Entwicklungshilfe und Wolfgang Mischnick als Vertriebenenminister. Erich Mende stand jedoch zu seinem Wahlversprechen und ging nicht in das Kabinett Adenauer. Dennoch war die Glaubwürdigkeit der FDP in der Öffentlichkeit nach diesem "Umfall" stark angekratzt, obwohl noch ganz andere vor Adenauer "umgefallen" waren.

Bei der "Spiegelaffäre" im Herbst 1962 stellte die FDP ihre Standhaftigkeit unter Beweis. Wegen angeblichen Landesverrates gingen Polizei und Staatsanwaltschaft gegen das Nachrichten-Magazin "Der Spiegel" vor. Die Redaktionsräume wurden durchsucht und Redakteure festgenommen; nachgewiesen werden konnte aber gar nichts. Hinter der Aktion gegen das der CDU wenig gewogene Presseorgan steckte in erster Linie Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, der "etwas außerhalb der

Legalität" (Hermann Höcherl) und unter Umgehung des zuständigen Justizministers Stammler (FDP) einen „Spiegel“-Mitarbeiter sogar bis ins franquistische Spanien verfolgen ließ. Diese außerordentliche Verletzung des Rechtsstaates wollte die FDP nicht ohne weiteres hinnehmen, ihre Minister traten zurück, wobei auch die Gefahr eines Koalitionswechsels der CDU hin zur SPD in Kauf genommen wurde. Schließlich lenkte Adenauer ein, der Verteidigungsminister musste seinen Hut nehmen, wodurch das Verhältnis des bayerischen Politikers zum organisierten Liberalismus auf Dauer stark belastet wurde.

In der Mitte der Legislaturperiode konnte die FDP endlich ihr Wahlversprechen einlösen. Nach 14 Jahren im Kanzleramt machte Adenauer, der in seiner Jugend noch den Reichskanzler Bismarck erlebt hatte, dem Wunschkandidaten der FDP, Ludwig Erhard, Platz. Nun trat auch Erich Mende als Minister für gesamtdeutsche Fragen und Vizekanzler ins Kabinett ein. Aber die Erwartungen auf liberaler Seite an die Zusammenarbeit mit dem populären Wirtschaftsfachmann erfüllten sich nicht: Erhard gegenüber fiel die Profilierung der FDP viel schwerer als gegenüber dem autokratischen Regierungsstil seines Vorgängers. Bei den nächsten Bundestagswahlen 1965 sackte die FDP dann auch auf 9,5 Prozent der Stimmen ab, während der Koalitionspartner CDU 2,5 Prozent und die oppositionelle SPD über drei Prozent hinzugewannen. Auf der anderen Seite zeigte Erhard immer größere Schwächen hinsichtlich seiner Fähigkeiten, eine Regierung zu führen, und büßte vor allem in seiner eigenen Partei an Rückhalt ein. Schließlich veränderte sich noch die allgemeine Wirtschaftslage. Das Wirtschaftswachstum war Mitte der 1960er-Jahre weit geringer als in der Boom-Phase des Jahrzehnts zuvor, dafür kletterte nun die Inflationsrate. Für den Etat 1967 tat sich obendrein eine Deckungslücke auf, über deren Ausgleich es zwischen den Regierungspartnern Meinungsverschiedenheiten gab. Die FDP hatte sich öffentlich gegen eine Steuererhöhung festgelegt und machte dieses Problem zur Koalitionsfrage. In der CDU/CSU waren unterdessen die Würfel gegen Erhard und für eine Große Koalition mit der SPD gefallen, so dass sich die Liberalen plötzlich auf den Oppositionsbänken wieder fanden. Mit dem Kabinett Kiesinger/Brandt, das Ende 1966 vom Bundestag gewählt wurde, machten ausgerechnet die Konservativen die Sozialdemokraten auch auf Bundesebene "regierungsfähig". Die Epoche der

"bürgerlichen Mehrheit", die die Politik der Bundesrepublik in den ersten Nachkriegsjahrzehnten entscheidend bestimmt hatte, war vorüber. Für die FDP bedeutete dies vor allem, dass sie nun - zumindest vorerst - nicht mehr auf die Werbewirksamkeit des "liberalen Korrektivs" innerhalb des "bürgerlichen" Lagers setzen konnte, mit dem sie bisher zumeist ihre politische Notwendigkeit hatte begründen können. Vielmehr wuchs in der neuen Konstellation die Gefahr, zwischen den beiden großen Parteiblöcken zerrieben zu werden. Die FDP musste sich also zwangsläufig eine neue Rolle suchen. Angesichts des bisherigen Selbstverständnisses der Partei war es zweifelhaft, ob sie in der Opposition zu CDU und SPD zugleich zu einer neuen Identität finden konnte.

